

Anfrage an die Stadtverwaltung Mainz

Vorlage für die Sitzung des Klimaschutz-Beirats am 7. Juni 2011

Schuldenabbau und Klimaschutz durch Energiesparinvestitionen

Klimaschutz und Geld sparen stehen in vielen Bereichen nicht in Widerspruch.

Viele Energiesparinvestitionen in Bürgerhäuser, Schulen, Kitas, Verwaltungsgebäude amortisieren sich in wenigen Jahren.

Nach 2, 3, 4 oder 5 Jahren ist das eingesetzte Geld aus den eingesparten Energiekosten zurückgezahlt. Danach vermindern die eingesparten Energiekosten die Ausgaben der Stadt Mainz und tragen damit zum Schuldenabbau bei.

Energiekosten sind dabei nicht nur im Gebäudebereich zu beachten, sondern auch bei energieintensiven Geräten (z.B. EDV, Kopierer) oder bei Fahrzeugen.

Daraus folgt: Alle Energiesparinvestitionen mit kurzer Amortisationszeit müssen so schnell wie möglich durchgeführt werden – jedes Jahr Verzögerung bedeutet unnötigen Kostenaufwand. Die Vorgabe eines festen Investitionsbudgets für derartige Energiesparinvestitionen (2010: 150.000 €) ist wirtschaftlich unsinnig.

Alle Investitionen, die Folgekosten insbesondere durch ihren Energiebedarf hervorrufen, sind einer Lebenszykluskostenbetrachtung zu unterziehen, um die tatsächlich wirtschaftlichste Lösung zu erreichen.

Weiterhin ist zu vermeiden, dass behördeninterne Konflikte zwischen Investor (Kostenträger der Investition) und Nutzer (Träger der laufenden Kosten) auf dem Rücken von Klimaschutz und Schuldenabbau ausgetragen werden.

Der Klimaschutz-Beirat fragt daher die Verwaltung:

1. Werden in den Bereichen, wo Energiekosten zu beachtlichen Folgekosten führen wie z.B. Gebäudeneubau und –sanierung, Fuhrpark, Gerätetechnik Investitionen einer Lebenszykluskostenbetrachtung unterworfen? Wenn nein – warum nicht?
2. Werden in diesen Bereichen die Amortisationszeiten für erforderliche Investitionen geprüft? Erfolgt eine Priorisierung nach Amortisationszeiten?
3. Werden die Möglichkeiten von z.B. Contracting oder Intracting genutzt, um Energiesparmaßnahmen umzusetzen und wenn ja, in welchen Bereichen (Beispiele)?
4. Bestehen haushaltstechnische oder -rechtliche Probleme (z.B. Auflagen der Aufsichtsbehörde), hochrentable Maßnahmen schnell umsetzen zu können? Wenn ja: Welche Möglichkeit sieht die Verwaltung, diese Probleme zu lösen?